

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Juni 2009

59. Jahrgang, Nr. 680

„Denkmalentsorgung durch die Hintertür“ missglückt

Erhard Göhl sorgt durch konsequente Nachfrage für das Wieder-Aufstellen einer Gedenksäule

Manchmal geschehen noch Wunder – das meinten jedenfalls die VOS-Kameradinnen und Kameraden in Darmstadt, nachdem es ihnen gelungen war, eine Gedenksäule für den Volksaufstand vom Juni 1953 nach deren Verschwinden wiederzufinden und an ihren alten Standort an den Platz der Deutschen Einheit zurückbeordern zu lassen. Zuvor nämlich war das Denkmal, das bis 2002 dort seinen stetigen Platz hatte, wegen der umfangreichen Umbaumaßnahmen am nahen Hauptbahnhof weggeräumt und „zwischengelagert“ worden. Als das Denkmal jedoch nach Abschluss der Umbauten nicht an seinen ursprünglichen Platz zurückgestellt wurde, sondern vielmehr verschwunden blieb, rührte sich bei Erhard Göhl, Arno Selten und Katharina Gajdukowa das Misstrauen. Erhard Göhl, vor Jahrzehnten schon Bundesvorsitzender der VOS, blieb unbeirrbar in seinem Streben, das Gedenken wieder zu vergegenständlichen. Er begann zu fragen und zu recherchieren und erfuhr schließlich, die Gedenksäule sei beschädigt, was den Oberhäuptern der Stadt vielleicht sogar ganz gelegen kam, denn mit dem politischen Linkstrend in Deutschland mochte man nun einen Vorwand sehen, die vormalig in Darmstadt gehegten Sympathien für die Widerständler und Opfer aus der DDR und der SBZ einzustellen.

Immerhin, Göhl entdeckte die Opfer-Plastik auf einem Lagerplatz im Außenbezirk, wo sie vielleicht in nicht allzu weiter Ferne verrottet oder verschrottet worden wäre – auch dies im Sinne der Entledigung unliebsamer politischer Wahrheiten. Es gelang, die Gedenksäule an ihrem vormaligen Standort erneut aufzustellen und für 2008 als Sammelpunkt für eine durch die VOS erkämpfte Gedenkveranstaltung am 17. Juni zu nutzen.

Allerdings setzten sich die Unbilden bis in diese Gedenkveranstaltung fort. Die Vertreter des Opferverbandes erhielten kein Rederecht. Ein Kuriosum und ein Affront in einem, denn gerade jenen einen Maulkorberlass zu verpassen, die um der Freiheit des Redens und Denkens willen viele Jahre in den Haftanstalten der DDR zubrachten, das ist wahrlich ein starkes Stück, das – noch dazu im lange Zeit allein als frei geltenden Teil Deutschlands – seinesgleichen sucht.

Man darf nicht vergessen, der VOS-Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz zählt zu den stärksten und ak-

tivsten innerhalb unserer Gemeinschaft. In der Region leben, so schätzt es der Landesvorsitzende Arno Selten ein, noch rund 3.000 Opfer der DDR-Diktatur. Viele waren politische Häftlinge, die von der Bundesrepublik durch Freikauf von einer langen Haftstrafe vorzeitig ausgelöst wurden und erschöpft und traumatisiert im Westen, und zwar im hessischen Auffanglager Gießen, ankamen. Nicht wenige von ihnen, die keine Bezugspersonen in der Bundesrepublik hatten, ließen sich alsbald in der industriestarken Region des Rhein-Main-Gebiets nieder, wo sie oder ihre Angehörigen noch heute leben. Dass man sie nun durch die Hintertür um ihre schmerzlichen, aber auch notwendigen Erinnerungen bringen wollte, indem man ihnen den Ort und das Symbol des Gedenkens streitig zu machen suchte, sehen die Kameraden vor Ort nicht gerade mit Freude. Dennoch sind sie umso entschlossener, künftig mehr für die Öffentlichmachung der Schicksale und der geschichtlichen Zusammenhänge und Hintergründe zu tun. Schwerpunkt soll dabei die Aufklärung der Jugend werden, da an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen immer weniger über die Geschichte nach 1945 zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wird. Egal, dass die Rahmenlehrpläne auch diese Zeit als gleichwertig zu behandelnden Geschichtsstoff vorsehen. Möglicherweise kann auch hier ein Zeitzeugenprogramm greifen, wie es VOS-Kamerad Detlef von Dechend im Raum Nordrhein-Westfalen mit Erfolg ins Leben gerufen hat. Nicht zuletzt hat die Debatte, ob man die DDR als Unrechtsstaat einstufen soll oder ob sie einfach nur ein paar gesetzliche Lücken aufwies, Anlass geschaffen, aktuelle Bezüge zum Geschichtsstoff herzustellen.

Erfreulicherweise wurden die Vorgänge ausführlich in der Darmstädter Presse geschildert, so dass nun auch breiteren Teilen der Bevölkerung ein Zugang zu den Informationen über das eklatante Verhalten der Stadt geboten wird. Einiges, so darf man nun hoffen, wird sich doch wieder ändern, und zwar mit Tendenz zur Wahrheitsliebe. Auch wenn wie einst in den 60er-Jahren keiner der großen Politiker mehr zu den Gedenkveranstaltungen erscheint, so beweist doch der Erfolg im Kampf um das Denkmal, dass sich der Einsatz für die Interessen der SED-Opfer weiterhin lohnt. *B. Thonn*

Seit einigen Monaten beschäftigt uns das Thema eines LStU- oder Diktaturbeauftragten im Bundesland Brandenburg. Die SED-Opfer sind froh, dass in diesem Bundesland nach langjähriger Ablehnung nun endlich die Bereitschaft besteht, diesen bislang fehlenden Posten zu schaffen und auch zu besetzen. Damit wäre nachgeholt, was an fünf anderen Stellen innerhalb der neuen Bundesländer bereits als Selbstverständlichkeit existiert.

Die Beiträge der letzten Fg-Ausgabe haben nun jedoch gezeigt, dass außer der bestehenden Bereitschaft, diesen Posten zu schaffen, bisher wenig konkrete Absichten über den Inhalt bestehen und auch noch Entscheidungen zur Besetzung der Stelle fehlen. Nachdem viele Betroffene aus den Reihen der SED-Opfer gehofft hatten, Frau Ahrberg oder Herr Mothes würden auf Grundlage ihrer in zwei anderen Bundesländern früher geleisteten Arbeit für diesen Posten kandidieren und durch ihre Erfahrung für einen schnellen Anlauf sorgen, trat dies leider nicht ein. Beide stehen für diesen Posten nicht zur Verfügung. Doch so bedauerlich das ist, muss man solche Entscheidungen akzeptieren. Sowohl Edda Ahrberg wie auch Joern Mothes haben in Sachsen-Anhalt bzw. Mecklenburg-Vorpommern wichtige Arbeit ge-

leistet und viel für die SED-Opfer und auch deren Verbände getan.

Über weitere Kandidaten, die für die Stelle in Frage kämen, verlaute bisher wenig. Die Idee, am besten geeignet sei für diesen Posten jemand, die oder der in Brandenburg aufgewachsen ist und die Situation dort kenne, ist eine Anregung, die ich freilich nicht für zwingend umsetzbar halte. Ich halte auch

Auf ein Wort des Redakteurs

Leute für fähig, diesen Posten auszufüllen, die sich an anderen Plätzen der DDR bewährt und die DDR als Unrechtsstaat erfahren haben. Der SED-Staat war zentral geleitet und von innen nach (auch territorial) straff durchorganisiert, auf dass es in Bautzen kaum andere Strukturen oder ideologische Anordnungen gab als beispielsweise in Salzwedel oder Niesky.

Für sehr wichtig erachte ich es jedoch, die Opfer mitentscheiden zu lassen. Die VOS hat sich in diesem Sinne zwar mit Vorschlägen eingebracht, aber hauptverantwortlich ist letztlich die Landesregierung von Brandenburg. Diese müsste vor der Personalauswahl zunächst die Aufgaben eines Landesbeauftragten und die Zahl der zu Betreuenden

genau ermitteln und festhalten. Dies ist auch bei der Schaffung anderer Verwaltungspositionen üblich, wobei man sicherlich Verschiedenes aus den Stellenbeschreibungen anderer Bundesländer, die eine oder einen Landesbeauftragten haben, übernehmen könnte. Bei der Ermittlung der Betroffenenanzahl geht es dann auch um jene, die der Diktatur der SED zuzurechnen sind, und natürlich auch um die NS-Opfer. An beide Gruppen sollte man aber konkret die Frage richten, ob sie es überhaupt für sinnvoll erachten, einen Beauftragten für beide Diktaturen einzusetzen.

Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass bereits Instanzen (Stiftungen oder Vereine, die öffentlich gefördert werden) bestehen, die sich um die Opfer der Diktaturen kümmern und ob möglicherweise Überschneidungen entstehen.

Sicherlich würde durch derartige Prüfung und Erhebungen ein Zeitverlust eintreten und wir bzw. das Land Brandenburg wären durch Statistiken und Zahlenmaterial mit neuer Arbeit belegt. Aber man hätte dann verbindliche Aussagen, auf deren Grundlage sich Entscheidungen treffen lassen, auf die man sich nachher berufen kann.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Perspektiven für die Aufarbeitung nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft im Land Brandenburg

Zu FG 678/2009: „Es ist spät, aber noch nicht zu spät!“ (FG 678/2009)

Das Land Brandenburg hat sich lange der Einrichtung einer Landesbeauftragtenbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes verweigert. Nun liegt ein Gesetzentwurf vor, welcher der Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten Rechnung trägt und der den längst fälligen Perspektivwechsel ermöglicht. Es hat sich gezeigt, dass die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur in Europa aufs Engste miteinander verbunden sind. Die Herrschaftsmechanismen ähneln sich und haben Millionen von Opfern hervorgebracht. Der Umgang mit dieser Geschichte prägt nicht nur die Gegenwart, sondern wird sich auch noch weit in die Zukunft hinein auswirken. Es ist deshalb an der Zeit, sich in aller Komplexität beiden Diktaturen und ihren Folgen zuzuwenden. Das betrifft in erster Linie die psychosoziale Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen bis in die zweite und dritte Generation, aber auch die vorurteilsfreie Dokumentation der historischen

Vorgänge. Damit wird auch der Empfehlung des Europäischen Parlamentes von Anfang April 2009 entsprochen. Es wird von der oder dem zukünftigen Brandenburger Landesbeauftragten ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Sensibilität erwartet. Es ehrt uns, dass Vertreter der VOS uns beide für geeignet halten, dieses Amt auszufüllen. Wir danken für die Wertschätzung, die durch diesen Vorschlag unserer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt entgegen gebracht wurde.

Durch unsere aktuelle Arbeit sind wir weiterhin den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sehr verbunden. Der Leiter oder die Leiterin dieser neuen Behörde sollte jedoch unter den Landeskindern gesucht werden. Es ist dem Land und den Diktaturopfen zu wünschen, dass eine geeignete Person aus der Region Brandenburg/Berlin gefunden und gewählt wird. *Edda Ahrberg, Jörn Mothes
Frühere Landesbeauftragte in Sach.-Anh. Und MVP*

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Sollte mit Denkmal auch das Gedenken verschwinden?

Aktivitäten der Darmstädter VOS

Redaktionsthema:

Landesbeauftragter in Brandenburg: Wer darf an Entscheidung mitwirken? 2

Soll LStU-Beauftragte(r) unbedingt ein Brandenburger sein

Edda Ahrberg und Jörn Mothes nehmen zu Vorschlag der VOS Stellung 2

Unverständnis für getrenntes Gedenken

Erfahrungen bei Kontakten in der Gedenkstätte Buchenwald 4

Die Erinnerungen sind untilgbar

„Pelzmützentreffen“ fand in Brotterode statt 4

Umständlichkeiten haben sich gelohnt

Bernburg-Team der VOS schlägt sich trotz Hindernissen zum Erfurter LStU-Treffen durch 5

Wir lassen uns die Losungen nicht wegnehmen

Gegenwehr der Bürgerrechtler in Zittau 6

Unverschämtheit des Ex-Spitzels

Kurras beschimpft SED-Opfer Holzapfel 6

Mit bunten Bildern auf Stimmenfang

Linke übersäen auch die Kommunen mit ihren Wahl-Plakaten 6

Seine Ehrung ist uns Anliegen und Pflicht

Die Initiativen zum Gedenken an Michael Gartenschläger in Hamburg und Potsdam 7

Das kann man nie vergessen

Über den angeblich humanen Strafvollzug der sozialistischen DDR 8

Stiftung: Wir hoffen auf 2010

Das Konzept existiert aber schon seit 2002 8

Warum sich der „Dienstälteste“ abwendet

Heinz Richter zieht die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni einem SPD-Kongress vor 9

Der Fall Kurras ist zugleich der „Fall SED“

Über die niederträchtigen Motive eines West-Polizisten und einer Ost-Partei 9

Wem nützt eine Darstellung „mit Abstrichen“

Über das sensible Thema politische Haft und den Umgang mit der (kompletten) Wahrheit
Zwei Kommentare 10

WICHTIG! Hinweise zur Regelung von Renten und Sozialleistungen 11

Verbände sind wichtige Hilfe

Frau Merkels Antwort auf den VOS-Brief 11

Auch Europas Senioren für Zukunft bereit

Begegnungen aus unterschiedlichen Ländern zeigen Einigkeit und gegenseitiges Verständnis 12

- Zitate 5, 8

- Verstorbene, Nachrufe 9, 11

- Impressum 12

Spender für die VOS

Mit großem Engagement reagierten viele VOS-Mitglieder auf die Spendenaufrufe der letzten Fg

Dr. Eberhard Kempf, Gunnar Willy Rieger, Margot Liepke, Esther und Siegfried Päßler, Edda Schönherz, Reinhard Golde, Günter Jäger, Sabine und Gerhard Bohne, Fritz Liebau, Werner Röstel, Gerhard Herrmann, Heinz Krönert, Ingrid Schmidt, Norbert-Leopold Hans, Ingrid und Helmut Voetter, Erhart Krätzschmar, Gerhard Milde, Gottfried Gläser, Werner Jung, Gottfried Walther, Margit und Werner Wäsche, Oskar Falk, Günter Prescher, Albin und Margarete Lichy, Magda und Werner Mieth, Ulrich Schnuchel, Ilona Ebert, Karl Woitow, Edeltraud und Günther Ellinger, Heinz Unruh, Heinz-Günther Lorenz, Helmut Günther, Kurt Liebert, Jens Gußmann, Christa und Werner Dickert, Lothar Reichelt, Irene und Bruno Niedzwetzki, Heribert Myschi, Kurt Wenzel, Rudolf Tantz, Anita Schürer, Kurt Eifler, Karl-Heinz Ruhnau, Gerhard Düsterdick, Barbara und Christoph Becke, Rainer Buchwald, Reinhard Gruszka, Margit Gärtner, Gerd Lewin, Joachim Hunger, Hans-Joachim Erler, Dietrich Jacobs, Siegfried Stuhrberg, Anne Klar, Gisela und Manfred Rohde, Peter Winkler, Rudolf Helzig, Gerhard Bartels, Irene Petzel, Rosemarie Frank, Werner Friedrich, Armin Bernecker, Hubert Gärtig, Roland Liebold, Regina Schneegaß, Manfred Schenke, Gritta und Günther Mochan, Roland Fiedler, Ursula und Joachim Fritsch, Joachim Bergter, Waltraud Ewert, Gisela und Dieter Wulff, Heinz Richter, Klaus Tübecke, Gert Marten, Gerhard Grziwa, Gisela und Edgar Wollscheid, Helgard Göttert, Bernd Westphal, Ingeborg Naumann, Bernd Guter-muth, Albert Colditz, Günther Kaun, Gerda und Alfred Kubiacyk, Rosemarie Platz, Fritz Schaarschmidt, Helga Fenz, Helga Ziegler, Edith und Werner Kosel, Maria und Kurt Schleppe, Prof.Dr. Gert Kossatz, Rocco Schettler, Ellen Thiemann

Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön. Jede Spende trägt bei, die VOS zu erhalten

Spendenaufruf bleibt aktuell!

Nach wie vor ist die VOS noch in finanzieller Hinsicht nicht endgültig gefestigt. Zudem geht es darum, auch in Zukunft gegen Klagen und finanzielle Bedrohungen gefeit zu sein. Daher gilt weiterhin: Ohne Spenden und Solidarität geht hier nichts. Die Kameradinnen und Kameraden werden daher gebeten, die Aktion der VOS durch Spenden zu unterstützen.

Biermann wie immer scharfzüngig

In einem ausführlichen Interview der Zeitschrift *profil* wurde dem Liedermacher und DDR-Opfer Wolf Biermann die Frage gestellt, ob er sich ärgere, da in der Pop-Kultur der neuen Bundesländer eine gewisse Nostalgie mit DDR-Trend zu beobachten sei. Hierzu gab Biermann in seiner gewohnt schlagfertigen Art zurück: „Nein, das ärgert mich nicht, das kotzt mich nur an. Aber das ist so alt wie die Menschheit: Wenn eine Diktatur zusammengebrochen ist, gibt es viele, die dem bequemen Sklavenleben nachtrauern.“

In wenigen Gesprächsminuten mehr Wissen als Geschichtsbücher vermittelt

Die Kameradinnen Rosemarie Studera und Uschi Grenz trafen nach dem Besuch des Buchenwald-Museums mit westdeutschen Schülerinnen und Schülern zusammen

Zurück von Buchenwald (Jahrestagung der Landesbeauftragten in Erfurt) und wieder daheim, möchte ich zum Besuch des Lagers Buchenwald gern etwas sagen: In den 70er-Jahren stand ein Besuch mit meinen Kindern und die notwendige Aufklärungsarbeit schon einmal an, aber die Anlage selbst war mir so nicht in Erinnerung geblieben. Die Feierlichkeiten und Ansprachen am Kreuz haben mich und Uschi Grenz emotional bewegt und die Stelen im Wald sowie auch das Museum taten einiges mehr dazu, und so gingen wir beide überaus beeindruckt und im Gedankenaustausch den Weg ohne die Anderen zurück. Einzelne Schülergruppen überholten uns, und wir hätten gern gewusst, was sie von dieser Tour wohl mit nach Hause nehmen werden. Mit Sicherheit fast nichts oder auch gar nichts von unserer Zeit.

Wie Recht hatten wir.

Ich sprach eine Gruppe an, und die Jugendlichen blieben auch wohl erzogen stehen. Es waren Schüler einer 11. Klasse eines Mindener Gymnasiums (Westfalen). Wir fragten nach ihren Eindrücken, ihrem Woher und Wohin und was sie so alles über das Lager erfahren konnten.

Diese Exkursion gehöre zu ihrem schulischen Programm, erwiderten sie; gesehen hätten sie alles und sie kämen gerade aus dem „Haus dort hinten“.

Von einer Zeit nach 1945, von einer Sowjetischen Besatzungszone, von politischen Opfern einer Stalin-Ära hatten sie keine Ahnung und von politischen Verfolgten und Verurteilten eines DDR Unrechtsstaates schon gar nicht.

Uschi Grenz und ich waren fassungslos, aber das Interesse der Schüler am Gespräch wuchs rasant. So erzählten wir im Schnelldurchgang unsere Geschichten und klärten sie zur Existenz der Vereinigung der Opfer des

Stalinismus auf. Wenn es nicht eine traurige Geschichte gewesen wäre, hätten wir reine Freude an dem interessierten Zuhören der jungen Menschen haben können. Wir klärten sie weiter auf, dass es hinter dem „Haus da unten“ ein Museum gibt, dass es dort unten Gräberfelder gibt und Stelen für unbekanntere ehemalige politische Opfer und auch eine bescheidene Gedenkstätte für das ungerechte Geschehen nach 1945 bis 1950. Die Schüler hatten keine Ahnung von all dem und nur einer sagte, dass er auf einem Schild einen kleinen Hinweis zu dem Weg nach weiter unten gelesen hätte. Warum aber unsere Gedenkstätten so weit „da unten“ liegen und nicht integriert in dem großen freien Platz des Lagers und warum man überhaupt getrennt gedenken muss, fragten sie uns und wenn sie Zeit übrig gehabt hätten, wären sie gern noch einmal den Weg nach „da unten“ gegangen.

Uschi und ich waren überzeugt, dass diese wenige Zeit genügte, diesen Schülern mehr an Wissen zu vermitteln als jedes geschriebene Kapitel in einem Geschichtsbuch, und wir waren sicher, dass sie später in der Gemeinschaft der Freunde und Mitschüler sehr viel Wissenswertes weitergeben konnten und mit Sicherheit auch werden.

Es war uns auch wieder ein Beweis, dass das persönliche Gespräch und Aufklärung den wirklich Interessierten und Wissensdurstigen ein vieles mehr am einstigen Geschehen vermitteln kann. Weder Uschi noch ich haben einen persönlichen Bezug zu Buchenwald, aber wir fragten uns auch voller Bedenken, warum der Schandtaten dieser beiden Deutschen Diktaturen so getrennt erinnert werden muss; denn Verbrechen bleiben Verbrechen, wann und wo auch immer diese geschehen sind.

Rosemarie Studera, Uschi Grenz

Warum man überhaupt getrennt gedenken muss, fragten sie uns.

Gedenkstättenbesuch übertrifft alle bisher veröffentlichten Berichte

Das Pelzmützentreffen 2009 wurde in Brotterode ausgerichtet

Zum wiederholten Male trafen sich jetzt die inzwischen 80- bzw. 81-jährigen Kameraden, die 1945 unter dem Vorwand des „Werwolfverdachts“ in Gewahrsam genommen und verhaftet wurden. Im Februar 1947 ging es auf eine Fahrt unter verschiedenen Bedingungen in die Straflager Sibiriens. Die Fahrt dauerte volle fünf Wochen (1. Februar bis 9. März 1945). Erst im Mai 1950 kamen die ersten zurück in die Heimat. Die Letzten, die aus Mühlberg/Elbe oder aus dem „Gelben Elend“ Bautzen nach Sibirien verbracht wurden, kamen erst am Pfingstsonnabend 1952 in ihre Heimorte zurück.

Unser 13. Pelzmützentreffen 2009 wurde vom 27. bis 30. April 2009 in Brotterode/Thüringen ausgerichtet und durchgeführt. Dabei sind viele Vorbereitungen zu treffen gewesen, weil die Kameraden aus der gesamten Bundesrepublik anreisen. Es waren bewegende Szenen, die sich beim Zusammentreffen der Kameraden ergeben haben. Haben wir doch Jahre in den Lagern in Sibirien Prokopjewsk und Nowokusnezk, Anshero-Sudschensk gemeinsam unter nicht gerade menschenwürdigen Verhältnissen verbracht.

Nach unserer Heimkehr war eine Aufrechterhaltung unserer kameradschaftlichen Beziehung in der DDR ausgeschlossen, und der Kontakt mit den Kameraden, die in die damalige Bundesrepublik ausgewandert waren, blieb unerreichbar.

Erst nach der „Wende“ war es möglich, von Mund zu Mund wieder Kontakte aufzunehmen. Nur so gelang es uns, solche Pelzmützentreffen zu organisieren.

Beim diesjährigen Treffen haben wir wieder eine sehr würdige Gedenkstätte der deutschen Teilung besucht. Hier am Point Alpha wird klar, welches Zuchthaus die damalige DDR war. Der von der SED als „Antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnete Grenzzaun war der sichere Tod jedes Freiheit liebenden Menschen. Alle bisherigen veröffentlichten Berichte werden durch den Besuch dieser Gedenkstätte weit über troffen.

Der Dank gebührt den Kameraden, die dieses Treffen wieder organisiert haben. Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen haben wir uns verabschiedet in der Hoffnung auf ein Wiedersehen zum 14. Pelzmützentreffen 2010.

Wolfgang Loof

Freiwillig angestanden, um in den Knast zu gelangen

Bernburger VOS-Gruppe muss einige Hindernisse überwinden, um nach Erfurt reisen zu können

Am Sonnabend, den 16. Mai wollten zwölf Bernburger eine Reise nach Erfurt mit der Bahn antreten. Unser „Bahnfahrt-Experte“ sowie „Mädchen für alles“, gemeint ist unser Heinz, hatte die Fahrtroute ausgearbeitet, und 8:17 Uhr sollte es mit der Regional-Bahn als erste Strecke bis Güsten gehen. Erwartungsfroh schickte der „Transport-Leiter“ alle Mitreisenden auf den richtigen Bahnsteig, holte seinen richtigen Zettel mit den Abfahrtszeiten heraus, fand einen richtig angebrachten Glaskasten, wo alle Zugverbindungen drauf standen und bekam einen richtigen Schreck, denn heute fuhr gar kein Zug von Bernburg nach Güsten. Aufregung pur, dieser Zug verkehrt nur von Montag bis Freitag. Es war aber Sonnabend.

Sämtliche Blicke hingen an unserem „Leithammel“, welcher den Bahnsteig aufgeregt wieder verließ, so auch kurz vor der angegebenen Abfahrtszeit. Fassungslos wurde ihm hinterher gerufen: „Heinz, du kannst doch jetzt nicht einfach abhauen ...“

Denn der Heinz hatte ja die Fahrkarten.

Aber Heinz verließ nicht nur den Bahnsteig, sondern sogar den Bahnhof. Er suchte nach einem Bus in Richtung Güsten.

Doch er fand keinen. Ebenso wenig waren Taxis zu sehen. Immerhin, ein Bernburger Busunternehmen warb mit einem Anruf-Bus am Wochenende.

Versuch gestartet und Mitteilung bekommen, dass der Anruf-Bus erst in den Abendstunden eingesetzt würde. Versuche bei Taxi-Unternehmen gestartet, ob nicht ein Klein-Bus zur Verfügung gestellt werden könnte ... Leider nicht – auch erst in den Abendstunden.

Der Zeiger der Uhr raste, und kein Unternehmen wollte in diesen Krisenzeiten Geld verdienen. Besprechung mit den anderen Teilnehmern. Kurz vor 9:00 Uhr würde unser Anschlusszug in Richtung Erfurt den Güstener Bahnhof verlassen. Gegen 10:50 Uhr würde am Erfurter Bahnhof unsere Gastgeber-Truppe, bestehend aus Organisatorin, Historikern sowie einer Dame von der VOS in Arnstadt, umsonst auf uns warten. Knallrot war unser Heinzie, der Blutdruck war bestimmt ganz oben.

Unsere Jutta und unser Klaus hatten eine gute Idee (diese Köthener sind ja tatsächlich unschlagbar). Zwei PKW waren vorhanden, noch ein Taxi dazu, falls ein solches kommen sollte, und ab nach Güsten!

Das Taxi kam – der Himmel selbst muss es geschickt haben – in letzter Minute. Zu unserem besonderen Glück war es ein Bus-Taxi. Auch wenn unsere Dicken die Bäuche einziehen und die Luft anhalten mussten, wir passten alle rein und erreichten den Ziel-Bahnhof in Güsten sogar noch fünf Minuten vor Abfahrt des Anschlusszuges.

Pünktlich trafen wir dann in Erfurt ein.

Vor dem Bahnhof nahm uns die Historikerin Frau Dr. Andrea Herz mit recht viel Herz in Empfang, und Organisatorin Ingrid Renten verteilte Stadtpläne und informierte über die Preistarife der örtlichen Verkehrsmittel von Erfurt und Umgebung.

Auch von der VOS in Arnstadt war eine Vertreterin erschienen und überreichte uns skandalträchtige Fotos eines von „Rot-Front-Antifa-Pöbelianern“, welche nicht viel Grips in der Birne gehabt haben müssen, sehr übel verunstalteten Gedenksteins.

Frau Dr. Herz war in ihrem Element. Sie erzählte uns als Erstes die Geschichte des Hotels, in dem vor nunmehr fast dreißig Jahren der damalige Bundeskanzler Willy Brandt abgestiegen war.

Ein langer Fußmarsch durch Erfurts Innenstadt mit seinen vielen Sehenswürdigkeiten, in einer charmanten und wortreichen Bildersprache lebendig begleitet von Frau Dr. Herz, verging wie im Fluge, und auch an das leibliche Wohl war gedacht worden.

Anschließend erfolgte als Höhepunkt die Besichtigung der MfS-Untersuchungshaftanstalt Andreasstraße. Freiwillig standen alle am Eingangsbereich an, um in den Knast zu gelangen. Anfangs versagte die Technik, und das Tor ließ sich nicht öffnen. Dies hätte zu DDR-Zeiten garantiert besser geklappt. Das Ein- und Zuschließen war ja hauptberuflich ein lukrativer Job, um dem „Klassenfeind“ Menschen für viel Geld zum Kauf anzubieten. Als besonders fies war eine „Beruhigungszelle“ anzusehen, ausgekleidet mit einem Material, welches jedes Geräusch mühelos schluckte und bei jedem Besucher Unbehagen auslöste. Frau Renten erzählte von ihren „Haftgefährten“ unterhalb der Zellnummer 49, also dem Kellerbereich. Als sie in ihrer Zelle saß, gesellte sich eine Ratte zu ihr, zutraulich verstand man sich und betrachtete sich gegenseitig als Zweckgemeinschaft. Auch eine Spinne wurde aufmerksam von Frau Renten beim genüsslichen Verspeisen einer Fliege genauestens beobachtet. Auch heute noch erzählt sie davon mit Schauern und noch jedes Riegelgeräusch versetzt diese Frau in Angst. Die Haftanstalt Andreasstraße in Erfurt hat nichts von ihrem Schrecken verloren, obwohl der Zahn der Zeit an diesem Gebäude nagt und Zerstörungen an allen Orten, angerichtet von charakterlosen Mitmenschen, zu finden sind. Selbst die Polizei soll hier Übungen mit Munition abgehalten haben, Häuserkampf wurde geprobt. Nach Abschluss des Rundgangs versammelten sich alle im Hofgelände, um Abschied zu nehmen. Dank an die drei Frauen aus dem Thüringer Land, welche uns allen unvergessliche Stunden bescherten.

Wer auch einmal solch einen Tag erleben möchte, wende sich an folgende Adresse:

Frau Ingrid Renten, Klosterstr. 26, 99334 Ichttershausen, Tel. + Fax: 03628-75664 oder

Frau Dr. Andrea Herz, TLStU, Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1 - T 0361-3 771956

Den Bernburgern wurde der Kontakt sehr leicht gemacht. Wir sind bemüht, für die Zukunft allen VOS-Gruppen, welche uns einladen würden, in allen Städten Deutschlands, einen Besuch abzustatten, damit wir uns besser kennen lernen. Kommt uns auch einmal in Bernburg besuchen! Jede Woche ab 15:00 Uhr in der Wingerzasse 6. Jeden Freitag geöffnet! *Heinz Streblov*

Kurz, aber treffend:

Nach den Äußerungen der Professorin Gesine Schwan über die Rechtsverhältnisse in der damaligen DDR konnte ich mich nicht zurückhalten, ihr vor der Wahl folgende E-Mail zu schicken:

Sehr geehrte Frau Professorin, wir wünschen Ihnen weiterhin einen angenehmen Ruhestand!

H.-J. Keferstein (6 Jahre Bautzen)

Linke wollen Montags-Demos für ihre Zwecke missbrauchen

Bürgerrechtler in Zittau schreiten - diesmal noch erfolgreich - zur Gegenwehr

Am Montag, den 29. Januar 2009 hatten sich viele ehemalige politische Häftlinge um 17.00 Uhr vor der Post in Zittau eingefunden. Die Linke hatte zur ersten roten Montagsdemo des Jahres aufgerufen. Rote Montagsdemos sind künftig in Zittau geplant, teilt der Linke Regionalverband Oberlausitz mit. Die erste findet am 29. Januar statt und steht unter dem Motto "Gegen Sozialabbau, gegen staatliche Repressionen und Überwachung, für aktiven Antifaschismus". Treff ist ab 17 Uhr an der Hauptpost Zittau. Unter dem Motto „Gesicht zeigen“ hatten wir von der VOS uns dort eingefunden weil wir es nicht hinnehmen wollten, dass die Linke das Wahrzeichen der friedlichen Revolution von 1989 für ihre Zwecke missbraucht. Ich hatte 25 Flugblätter gedruckt und an der Post verteilt. Diebstahl von geistigem Eigentum:

Die Montagsdemo ist das Wahrzeichen unserer friedlichen Revolution. Mit unserem Ruf „Wir sind das Volk“ haben wir die Kommunisten zum Abdanken gezwungen. Wenn die SED-PDS-Linke sich jetzt unserer Symbole bemächtigt, ist das Diebstahl von geistigem Eigentum.

Der Kommunismus ist ein Virus, der in unsere Herzen und Hirne eindringt und unsere Wertvorstellungen zerstört. Als ehemaliger politischer Häftling habe ich die große Bitte: Bürger, seid wachsam und lasst Euch nicht von der Linken missbrauchen.

Zittau, den 29. Januar 2007
Ewald Kurbiuhn.

Das Flugblatt und unsere Anwesenheit an der Post haben die erste rote Montagsdemo scheitern lassen, denn durch unsere Anwesenheit und die lautstarken Unmutsäußerungen meiner Haftkameraden sind die Kommunisten nach einigen Minuten Richtung Bautzener Straße abgezogen, was wir an der Post freudig zur Kenntnis genommen haben.

Wir, die Bezirksgruppe Zittau und viele andere Bürger haben verhindert, dass die Kommunisten das Wahrzeichen unserer erfolgreichen friedlichen Revolution missbrauchen. Das Amtsgericht und die Sächsische Zeitung wollten diese Tatsache aber nicht zur Kenntnis nehmen, sie benutzen lieber die Rechten als Prügelknaben weil das so schön der erwünschten Meinung entspricht.

*Ewald Kurbiuhn, Bezirksgruppe Zittau
Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)*

Frechheit und Zynismus gegen SED-Opfer

Mit Frechheit und Zynismus reagierte der Todesschütze auf den Studenten Benno Ohnesorg auf die Reaktion der VOS nach Bekanntwerden der jüngsten Veröffentlichungen aus den Stasi-Akten. Lesen Sie den Auszug aus

BILDamSONNTAG vom 24. 05. 2009:

Nach den Stasi-Enthüllungen hat Carl-Wolfgang Holzapfel, Vizechef der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Strafanzeige gegen Karl-Heinz Kurras gestellt, um ein neues Verfahren ins Rollen zu bringen.

Kurras: „Das kann doch nur ein Ostdeutscher gewesen sein. Den hätte Erich Honecker früher mal richtig verurteilen sollen.“ Kurras, der Todesschütze, fühlt sich unschuldig: „Ich bin rechtskräftig freigesprochen worden. Fertig.“

Mit allen Mitteln Stimmen kriegen

Die Linke ist im Wahljahr 2009 nicht eben zimperlich mit ihren Losungen

Darin ist die Linke groß, wenn sie sich der vormaligen von der Bürgerbewegung geprägten und propagierten Losungen und Bekenntnisse bemächtigen kann, um sich damit öffentlich in Szene zu setzen. Sie gibt ihrer Bewegung damit den Schein des gerechten Protests und versucht die Stimmung im Land gegen die demokratischen Mehrheiten aufzuputschen. Schon wird vom Ende der jetzigen Gesellschaftsform orakelt und mit Aufrufen und Aktionen gegen alles demonstriert, was demokratische Kräfte ins Leben rufen. Politiker der Linken, aber auch Gewerkschaftsfunktionäre malen ein düsteres Bild der heutigen Gesellschaft, sie sprechen von wachsenden Armutsströmungen und benutzen Ausdrücke wie Neoliberalismus und Kapitalismus, die sie ausschließlich als Negativbegriffe einsetzen, um bei der Bevölkerung Ängste zu schüren und das Bild von einem möglichen menschlichen Sozialismus aufzupolieren. Auf die Gleichsetzung von marxistisch-stalinistischem Sozialismus mit dem Nationalsozialismus reagiert die Linke mit Wut und Bosheit. Eigenkritik gibt es nicht, Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit wird abgelehnt. Egal, dass der Kommunismus die längste jemals vorkommende Diktatur der neueren Geschichte gewesen ist.

Auch im Wahljahr 2009 ist die Ex-SED besonders aktiv. Ihre Plakate leuchten an und über den Bundesstraßen, in den Städten und Kommunen, sie verheißten den Menschen das Glück und die Zufriedenheit, das die Sozialisten ihrer Bevölkerung bis zum letzten Tag ihrer Herrschaft schuldig geblieben sind, das sie ihnen aber nachträglich als einstmals existent erklären möchten.



Neben der alten Parole „Raus aus Afghanistan“ wird nunmehr eine Millionärssteuer oder die Enteignung der Banken propagiert. Ebenfalls geworben mit „Gleicher Lohn für Frauen“ – einer Losung, die jeder Grundlage entbehrt, ist doch die Gleichberechtigung der Frau – auch die Festlegung der Arbeitslöhne – festgeschrieben.

Man muss darauf gefasst sein, dass die Linke nach der Europawahl auch bei den anderen Wahlen gut abschneidet und möglicherweise im September zum ausschlaggebenden Faktor bei der Bildung der nächsten Regierung sein wird. Irgendwann freilich werden die Wähler merken, dass hier viele hohle Phrasen und nicht haltbare Versprechungen im Spiel sind. Dann wird sich dieser Trend umkehren. Hoffentlich ist es dann für Deutschland nicht schon zu spät.

Dr. Alwin Haug



Wie in jedem Jahr trafen sich auch diesmal am 1. Mai wieder die Mitglieder des Freundeskreises Michael Gartenschläger zur Gedenkfeier für den 1976 im nächtlichen Gewehrfeuer der DDR-Grenzer ermordeten Widerständler. Gartenschläger wollte in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 eine weitere Selbstschussanlage demontieren und der Welt präsentieren, nachdem ihm dies bereits einmal gelungen war. Der Hinterhalt, der ihm nächtlich gestellt wurde, kam durch Verrat zustande. Doch niemand kennt den Namen des Verräters. Die Gedenkfeier wurde wieder durch unseren Kameraden Uwe Rutkowski organisiert, der dankenswerterweise auch das Foto zur Verfügung stellte.

Ein Vermächtnis – Sein Vermächtnis

Am 27. April 1976 schrieb Michael Gartenschläger für eine Veranstaltung im Mauermuseum am Checkpoint Charlie:

„Während meiner Haft hatte ich Gelegenheit, das DDR-Regime näher kennen zu lernen, jedenfalls wenn es zutrifft, dass man ein Regime erst richtig kennt, wenn man in einem seiner Gefängnisse gesessen hat. Leider wird diese Auffassung nicht überall geteilt, und die unbestrittenen Besserungen der Honecker-Ära werden überschätzt ... Es festigte sich in mir die Überzeugung, dass sinnvoller Widerstand gegen dieses Unrechtssystem nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht ist ... Ich glaube, der Unrechtscharakter der DDR kommt besonders in den Selbstschussanlagen und in der Tatsache ihres weiteren Ausbaus - trotz Ablösung Ulbrichts — zum Ausdruck. Da ein solcher Automat, der bereits mehrere Todesopfer forderte, nicht in der Bundesrepublik existierte, entschloss ich mich, ein komplettes Aggregat zu Demonstrationszwecken zu holen ... Ich untersuchte die Selbstschussaggregate mit Feldstechern und kam zu dem Schluss, dass ... die Stromabschaltung durch Zerschneiden der Stromzufuhr durchführbar sein muss. Dies allerdings unter einem Vorbehalt: dass beim Besteigen des Metallgitterzauns und der Demontage keine starken Erschütterungen entstehen, die den Auslöserdraht bewegen. Ferner mussten den Grenzposten meine Arbeiten un bemerkt bleiben, also auch möglichst sich geräuschlos vollziehen. Das Risiko schien mir lohnenswert ...“

Gartenschläger-Ausstellung nun auch in Potsdam zu sehen

Bildtafeln und Texte über zahlreiche Lebensabschnitte des einstigen Rock'n Roll-Fans

Viele, die Michael Gartenschläger als Widerständler gegen das SED-Regime kennen, wissen nicht um die Anfänge seiner kritischen Haltung. Vor allem: Es begann im Grunde harmlos, als Gartenschläger als 16-Jähriger 1960 in seinem Heimatort Strausberg mit ein paar Gleichaltrigen einen privaten Fan-Club für westdeutsche Rock-Musik eingerichtet hatte, der jedoch alsbald verboten wurde, weshalb die Jugendlichen gegen den Staat aufbegehren.

Diese Begebenheit wie auch viele andere Details aus dem Leben des viel zu früh zu Tode gekommenen sind in der Ausstellung über Gartenschläger zu sehen, die nunmehr auf Initiative von Detlef Grabert vom Potsdamer Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte präsentiert wird.

Detlef Grabert stammt ebenfalls aus Strausberg, er ist nur ein Jahr älter als Gartenschläger und kannte diesen auch aus der Zeit vor Gartenschlägers Inhaftierung. Die Ausstellung wurde Ende Mai im Blauen Salon des Landtages Brandenburg von Landtagspräsident Gunter Fritsch eröffnet. Sie ist dort von Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr zusehen. Voranmeldung ist nicht erforderlich, der Eintritt ist umsonst. T. H.

Kommunisten haben den „humanen Strafvollzug“ bei den Nazis gelernt

Durch Denunziation im Knast in den Arrest gebracht und Höllenqualen erlitten

Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Ein allgemeiner Ausspruch, bei uns im HAL (Haftarbeitslager). Es gab stets Zuträger und Spitzel, gerade im Strafvollzug. Kurz vor Ostern 1967, mussten wir Häftlinge von Baracke J, im HAL nahe Eisleben, nach der Schicht auf dem Appellplatz antreten. Ein Oberleutnant, Barackenführer der J, verkündete: „Es werden der Strafgefangene Miching zu 7 Tagen, der Strafgefangene Boeske zu 21 Tagen und der Strafgefangene Petzold zu 21 Tagen verschärftem Arrest wegen Nichterfüllung der Arbeitsnorm bestraft.“ Im Laufschrift ging es zur „Mumpe“, der Oberleutnant und zwei seiner Büttel hinterher. Klamotten ausziehen, Nachthemd anziehen und dann war man allein. Früh nach Aufschluss musste man Meldung machen. Die Arbeitsnorm hatten wir geschafft, nur mit der Qualität standen wir auf Kriegsfuß. Die SED-Kommunisten verdienten gut an unserer Arbeit, denn die guten Steine wurden in das kapitalistische Ausland und nach Westdeutschland gegen Devisen verkauft.

Diesem Treiben wollte ich keinen Vorschub leisten, also meldete ich: „Strafgefangener Petzold wegen Nichterfüllung der Qualitätsnorm zu 21 Tagen verschärftem Arrest bestraft.“ Der Büttel akzeptierte das, auch an den kommenden Tagen. Während ein guter Strafgefangener 50 bis 70 Ost-Mark Einkauf im Monat bekam, kam ich höchstens auf 20 bis 22 Ost-Mark. Ein Spitzel hatte uns entweder belauscht oder wir waren unvorsichtig mit Äußerungen, und dies hatte zum Arrest geführt.

Die ersten Tage konnte man es im Arrest noch ertragen, aber der Hunger war schlimm. Noch schlimmer war die Kälte nachts in der Zelle, aber am schlimmsten empfand ich den Durst. Die Zelle war ausgestattet mit einem Kübel für die Notdurft, einem Metallgitterbett, was am Tag hochgeschlossen wurde und worauf ich keine einzi-

ge Nacht gelegen habe, sowie mit einem Tisch und einem Stuhl aus Eisen. Auch nachts wurde keine Decke in die Zelle gegeben. Die Nahrung bestand früh aus zwei dünnen Scheiben Brot und ca. 20 Gramm Marmelade sowie einem Becher Malzkaffee. Mittags gab es eine Suppe, deren Konsistenz ich bis heute nicht definieren kann, und abends gab es wieder zwei Scheiben Brot und 20 Gramm Margarine sowie einen Becher Tee.

Als ich nach drei Wochen den Arrest verlassen konnte, habe ich mich im Spiegel nicht erkannt. Die Kommunisten haben gut bei den Nazis gelernt, und das alles nannte sich „Humaner Strafvollzug“.

Nun hatten sich diese Unmenschen in Uniform noch eine kleine Überraschung für uns ausgedacht. Es wurde ein Sonderkommando, ca. 20 Häftlinge aufgestellt. Nach Ostern wurde es sehr warm. Wir wurden separat in einem freien Raum untergebracht und bekamen die ersten zehn Tage eine Spezialbehandlung. In voller Montur, bei großer Hitze acht Stunden marschieren, Häschen hüpf machen, Hang hoch und wieder runter rennen und ähnliches. Geschwächt durch 21 Tage Arrest kann man das schon als Folter bezeichnen.

Nach 18 Tagen hatten die Büttel die Lust verloren, uns zu quälen und ich kam nach Eisleben auf eine Hütte, wo man große Steine herstellte. Meine Qualität wurde auch dort nicht besser. Der Spitzel, welcher uns denunziert hatte, durfte den Strafvollzug sechs Monate vor seinem eigentlichen Haftende verlassen. Denunziation ist kein Strafbestand aber wer unter derartigen Defekten leidet, ist heute als Staatsdiener eigentlich ungeeignet. Die Kommunisten in Deutschland haben gute Anwälte, denen die Demokraten nicht gewachsen sind und somit wird auch der Polizeispitzel Kurras seine 2200 € Rente bis zu seinen Lebensende weiter beziehen. Gute Nacht.

Jörg Petzold, Bayern

Stiftung strebt nach wie vor die Darstellung Geschichte der Haftanstalt Brandenburg vor und nach 1945 in eigenen Ausstellungen an

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten nimmt zum Beitrag Diktatur-Beauftragter ja, aber bitte ohne unterschiedliche Wertung“ von B. Thonn in Freiheitsglocke Nr. 679 Stellung

Anders als im Artikel von B. Thonn dargestellt, befindet sich am Eingang der heutigen Justizvollzugsanstalt Brandenburg eine Gedenktafel, die auch auf die Geschichte der Haftanstalt als Ort politischer Verfolgung in der Zeit der SBZ/DDR hinweist. Darüber hinaus hat die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten bereits 2002 ein Konzept für eine Neukonzeption der Dokumentationsstelle Brandenburg vorgelegt, das die Schaffung einer im Zentrum von Brandenburg gelegenen Gedenkstätte vorsieht. Neben der Geschichte der „Euthanasie“-Morde in Brandenburg und der Geschichte des Zuchthauses 1933 bis 1945 soll dort auch die Geschichte der Haftanstalt nach 1945 dargestellt werden (vgl.

Morsch/de Pasquale: Perspektiven für die Dokumentationsstelle Brandenburg, Münster 2004).

Wir hoffen, spätestens 2010 mit dem Aufbau einer Gedenkstätte in einem historischen Gebäude des „Alten Zuchthauses“ am Nicolaiplatz beginnen zu können, in dem aufgrund der Prioritätensetzung der Landesregierung zunächst die Geschichte der benachbarten ehemaligen „Euthanasie“-Mordanstalt thematisiert wird. Darüber hinaus sind Verweise auf die anderen genannten historischen Themen und authentischen Orte vorgesehen. Die Stiftung strebt nach wie vor an, auch die Geschichte der Haftanstalt vor und nach 1945 in eigenen Ausstellungen zu würdigen. Bereits im Herbst die-

ses Jahres wird die Stiftung in Brandenburg eine Ausstellung zum Gefangenaufstand in Brandenburg im Herbst 1989 zeigen. Darüber hinaus ist 2006 in der Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten der Band „Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR: Die

Strafvollzugsanstalt Brandenburg“ der Historikerin Dr. Leonore Ansong erschienen. Darin wird die Haftanstalt Brandenburg erstmals als größte und bedeutendste Haftanstalt für politische Gefangene in der DDR analysiert und beschrieben.

Dr. Horst Seferenz Pressesprecher

Das Zitat: Geduld ist eine gute Eigenschaft. Aber nicht, wenn es um die Beseitigung von Missständen geht.
Margaret Thatcher

Europa ja, aber Einheitsfeier und Gedenken haben Vorrang

Heinz Richter erteilt SPD eine Absage

Wenn Heinz Richter, inzwischen 89 Jahre und doch immer noch von einer geistigen Frische, die vielen Jüngeren Vorbild sein sollte, in die Parteitagssarenen der SPD tritt, kommen die Genossen, ob äußerst links oder äußerst prominent, nicht um einen spontanen Beifall herum. Heinz gilt als wohl „dienstältestes“ Parteimitglied, er hat Jahrzehnte des Glanzes, des Kampfes und des Verbots dieser Partei miterlebt und fühlt sich sowohl den Anfängen wie auch dem Weiterbestehen der Partei verpflichtet. Dennoch kann er sich mit der derzeitigen Situation innerhalb der SPD nicht zufrieden geben. Er, der sechs Jahre wegen der Zugehörigkeit zum SPD-Ostbüro inhaftiert war, sieht die Interessen und die Würdigung der Opfer und des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur nicht mehr hinreichend gegeben. Die starken Tendenzen nach links, wo Lafontaine und Gysi lauern, sind nicht zuletzt auch Gründe für die hohen Stimmenverluste der einstmaligen starken Partei.

Für den 17. Juni war Heinz Richter zu einer Gedenkfeier mit dem Titel „Die europäische Idee der Freiheit“ ins Willy-Brandt-Haus nach Berlin eingeladen. Er sagte diese Einladung ab, denn der 17. Juni ist – immer noch – der Tag, an dem man den Kampf um die deutsche Einheit würdigen sollte. Lieber nimmt er an den Feierlichkeiten der VOS in Darmstadt teil. Die VOS, so der freundliche Aktivist, tue etwas für ihn und alle ehemaligen politischen Häftlinge. Bei der SPD jedoch könne man sich da (derzeit) nicht so sicher sein. *B. Thomm*

Nachruf

Wir nehmen Abschied von unserem

Kameraden

FRITZ RECKNAGEL

der am 11. April 2009 nur wenige Tage nach seinem 86. Geburtstag sein Leben beendet hat.

Nach einer heimtückischen Krankheit im Herbst 2008, schien diese Krankheit zunächst überwunden, jedoch kehrte sie im Frühjahr 2009 zurück und forderte nach kurzer, nun aber umso schwererer Erkrankung sein Leben.

Unser Kamerad Recknagel war seit dem 28. Mai 1990 Mitglied in der VOS. Am 1. September 1990 gründete er mit einigen Kameraden aus dem ehemaligen Bezirk Suhl und mit Unterstützung des damaligen Bundesvorsitzenden Richard Knöchel die Bezirksgruppe Suhl der VOS, deren 1. Vorsitzender er bis zum 05. 02. 1994 war.

Für sein kampferfülltes Leben, seine Vorbildwirkung und seinen Einsatz im Kampf für unsere Anliegen sowie für die Anerkennung und Entschädigung der Opfer des Stalinismus und aller Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft wurde Fritz Recknagel mit der VOS-Ehrennadel in Gold vom Bundesvorstand geehrt.

*Im Namen der VOS-Bezirksgruppe Suhl
Manfred Fenner
Erster Vorsitzender*

VOS ehrt Ohnesorg mit Kranz

Warum Polizist Kurras einen Wehrlosen tötete

Nachdem die Meldung über die einstige Stasi-Mitarbeiterin des früheren Polizisten Kurras in der Öffentlichkeit wie ein Blitz eingeschlagen hatte, reagierte die VOS als eine der ersten Institutionen und gedachte am 42. Todestages des Studenten Benno Ohnesorg durch eine symbolische Verhüllung des Gedenksteins und durch eine Kranzniederlegung. Gefordert wird nun eine Änderung der Inschrift auf der Gedenktafel. Ohnesorg war unter den Schüssen des West-Berliner Polizisten Kurras zusammengebrochen und noch auf der Straße gestorben, er hatte aufgrund der schweren Verletzungen keine Überlebenschance. Und auch wenn man die inzwischen gefundenen Stasi-Akten noch nicht kannte, löste sein Tod, der völlig unnötig und unmenschlich war, große Bestürzung aus. Die Art des Vorgehens der Polizei war willkürlich und unverantwortlich. Dass im Gegenzug eine Bewegung entstand, die Deutschland mit Proteststürmen überrollte und zu extremen Gegenschlägen führte, war letztlich auch mit auf dieses Vorgehen zurückzuführen.

Oft genug wurde nun spekuliert, dass Kurras im Auftrag der SED, als deren Mitglied (anstatt in der damals existierenden SEW) er galt, getötet habe. Diese Variante ist jedoch höchst unwahrscheinlich, denn die Situation, in der der Todesschuss fiel, war von der SED bzw. Stasi nicht vorausgesehen gewesen. Egal, dass die weiteren Unruhen bis hin zum Erstarken des Terrorismus ganz im Sinne der DDR waren und durch sie unterstützt wurden. Ganz offensichtlich spielten bei Kurras persönliche Motive eine Rolle, in denen Hass und Unverständnis gegenüber den Demonstranten sowie die Verachtung demokratischer Gesellschaftszüge gesteckt haben könnten. Ein Streben nach „Zucht und Ordnung“, wie es sowohl der Nazi-Diktatur als auch dem SED-Regime immanent gewesen ist. Jemand, der auf diese Weise tötet, kann kein Kind der Demokratie sein. Kurras fühlte sich ganz offensichtlich der Diktatur der SED verbunden, ansonsten wäre er trotz seiner selbst erlittenen DDR-Haft nicht freiwillig in deren Spitzel- und Ideologie-Dienste getreten. Seine Tat, mit der er einem jungen Menschen das Leben nahm, und das Andienen am kommunistischen System unter gleichzeitigem Genuss des westlichen Wohlstandes offenbaren einen beschämend niederträchtigen Charakter. Sie zeigt aber auch, für welches „Publikum“ die SED zeit ihres Bestehens attraktiv gewesen ist. Nicht für die hehren, selbstlosen Revolutionäre, sondern für kleine Mitläufer, die weder vor dem Leben der anderen Menschen noch vor deren Zielen Respekt haben. Mit dem Fall Kurras wurde die SED einer weiteren üblen Machenschaft entlarvt. Hier hat sie sich selbst ad absurdum geführt wie lange nicht. Ihre Doppelzüngigkeit tritt nun umso erbärmlicher zutage, als sie seit dem Tode von Benno Ohnesorg ganze Kübel propagandistischen Unrats über die Bundesrepublik – auch über den von ihr selbst (!) in der sozialistischen Presse noch und noch angeprangerten Polizisten Karl-Heinz Kurras - ausgeschüttet hat. Können eine Partei, ein Staat, eine Regierung, eine Ideologie noch unglaubwürdiger sein?

Es ist daher zu begrüßen, dass die VOS Strafanzeige wegen Mordes gestellt hat. Denn Mord, wir wissen es seit der Verurteilung, des Stasi-Ministers Mielke, verjährt nicht. *Dr. Alwin Haug*

Stimme und Tonfall des „Spitzbarts“ imitiert

Zu Christoph Heins Erzählung vom Sommer 1989. War diese Veröffentlichung sinnvoll?

Während meiner Untersuchungshaft bei der Leipziger Staatssicherheit 1961/62 saß für einige Tage der Schauspieler Peter Sodann in der Nachbarzelle. Morgens nach dem Aufstehen, wenn die Wachmannschaft abgelenkt war, klopfen wir miteinander durch die Wand. So erfuhr ich, dass er, wie ich auch, am 9. September 1961 verhaftet worden war und auf seinen Prozess wegen „staatsfeindlicher Zersetzungstätigkeit“ wartete. Er wäre der Leiter des Studentenkabarets „Rat der Spötter“ gewesen, sie wären zu fünf hier eingeliefert worden. Heute kann man das alles nachlesen in Ernst Röhls (1937) Buch „Rat der Spötter“ (2002) und in Peter Sodanns (1936) Erinnerungen „Keine halben Sachen“ (2008). Danach waren die fünf „Spötter“, die am 4. Juni 1962 „auf Bewährung in der Produktion“ verurteilt wurden, deshalb verhaftet worden, weil sie in einem Sketch „Stimme und Tonfall“ des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht nachgeahmt hätten.

Dieser merkwürdige Vorfall wurde in studentischen Kreisen republikweit kolportiert, und so erfuhr auch Christoph Hein davon, der 1967 in Leipzig Philosophie studierte und den Stoff zwölf Jahre später in seiner Erzählung „Der Tangospieler“ verarbeitete, die im März 1989 im Ostberliner Aufbau-Verlag erscheinen konnte. Dieser Prosatext von 206 Seiten war das erste und einzige Buch zu DDR-Zeiten, worin das Schicksal eines politischen Häftlings beschrieben worden war.

Eine Einschränkung muss freilich gemacht werden: In seinem Roman „Schattenboxen“ (1973) hatte der Leipziger Schriftsteller Erich Loest (1926) das unerwünschte Thema schon einmal aufgegriffen, aber lediglich die Eingewöhnungsschwierigkeiten eines kriminellen Häftlings im ungewohnten DDR-Zivilleben geschildert. Der Autor hätte allerdings diesen Roman nicht so überzeugend schreiben können, wenn er nicht auf die eigenen Erfahrungen nach sieben Jahren Zuchthaus in Bautzen hätte zurückgreifen können.

Christoph Heins Erzählung dagegen, acht Monate vor dem Mauerfall veröffentlicht, ist unmittelbar, wenn auch mit Abstrichen, dem Thema „Strafverfolgung aus politischen Gründen“ verpflichtet. Dass das Buch überhaupt erscheinen konnte, mochte auch daran gelegen haben, dass die oft ungeheuerlichen Vorgänge in den DDR-Gefängnissen zwischen Bützow-Dreibergen an der Ostsee bis Hoheneck im Erzgebirge nicht länger verschwiegen werden konnten, weil seit 1961 zu viele DDR-Bürger eingesperrt gewesen waren, die nach der Entlassung über ihre schlimmen Erfahrungen berichteten.

Christoph Heins Held, der geschiedene Historiker Dr. Peter Dallow, vor der Verhaftung im Mai 1966 Oberassistent am Historischen Institut der Leipziger Karl-Marx-Universität, wird im Februar 1968, inzwischen 36 Jahre alt, aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen und bemüht sich mehrmals, schließlich aber doch vergebens, um eine Arbeitsstelle als Kraftfahrer. Er war verhaftet und verurteilt worden, weil er bei einer öffentlichen Veranstaltung, dem Auftritt eines Studentenkabarets, den zeitkritischen Text zweier Studenten, ein Spottlied auf Walter Ulbricht nach einer Tango-Melodie von 1954, auf dem Klavier begleitet hatte.

Die Abstriche, mit denen der 1944 in Heinzendorf/Schlesien geborene Autor arbeitete, um das Erscheinen

des Buches überhaupt erst zu ermöglichen, waren zahlreiche, offenbar absichtlich eingebaute Fehler, die dem unerfahrenen DDR-Leser einen „humanen Strafvollzug“ vorspiegeln sollten. Sie bestanden zweitens darin, dass die Handlung ins Jahr 1968, also in die Zeit drei Jahre vor Erich Honeckers Amtsantritt 1971, verlegt wurde. So ließ sich der politische Strafvollzug unter Walter Ulbricht historisieren, ohne die Zustände in den Gefängnissen Erich Honeckers ansprechen zu müssen.

Als Peter Dallow im Februar 1968, nur mit „Sommermantel und hellen Stoffschuhen“ bekleidet, in seine Leipziger Wohnung zurückkehrt, hat er 21 Monate in Untersuchungshaft und im Strafvollzug abgesessen und seinen Beruf verloren. Er ist verstört und lustlos, sich in die sozialistische Gesellschaft einzugliedern, er fängt an zu trinken und wahllos Frauen zu verführen; eine geschiedene Buchhändlerin, die sich liebevoll um ihn bemüht, verstößt er. Fast widerwillig tritt er im Sommer eine Arbeitsstelle an, als Aushilfskellner auf der Insel Hiddensee, als ihm sein ehemaliger Richter mit Konsequenzen droht. Dort erfährt er, dass sein früherer Institutskollege Jürgen Roessler, wegen eines falschen Satzes, den er am 21. August 1968 vor Studenten über den Einmarsch in Prag geäußert hat, in den Assistentenstand zurückversetzt wurde und er dessen Stelle als Dozent übernehmen soll.

Manches an diesem Text ist unverständlich und widersprüchlich. Richtig ist, dass die Leipziger Staatssicherheit und einige Universitätsinstitute im selben Gebäude untergebracht waren, aber niemals hätte Peter Dallow von seinem Zellenfenster aus seine Kollegen und seine Studenten erkennen können. Warum nicht? Weil es kein Zellenfenster gab, sondern nur Glasziegel, durch die man nicht sehen konnte! Als er seine Eltern besucht, die irgendwo eine Landwirtschaft betreiben, ist der gealterte und kranke Vater bekümmert, dass der Sohn den Hof nicht übernehmen will, als ob es 1968 noch Bauernhöfe gegeben hätte, die nicht kollektiviert gewesen wären! Auch über die gewiss schlimmen Erfahrungen Peter Dallows im Zuchthaus erfährt der Leser nichts, das wäre wohl auch von der Zensur gestrichen worden! Und dann sind dann noch die beiden Herren „Müller“ und „Schulze“ von der Stasi, die ihn öfters besuchen, die ihm vage Angebote machen („Wir können Ihnen helfen!“) und denen er schließlich die Tür weist, ohne dass das Folgen hätte. Aber immerhin, das Buch war Diskussionsstoff in diesen aufrührerischen Sommer- und Herbstwochen 1989, die mit dem Mauerfall endeten!

Jörg Bernhard Bilke

Wahrheit oder Beschönigung?

Ein Nachtrag in Sachen Haftliteratur

Fast jeder in der DDR und viele im Westen wussten, dass es in der DDR politische Gefangene gab. Über die Verhältnisse in den Strafanstalten wurde jedoch nur gemunkelt. Man muss daher fragen, ob es sinnvoll war oder ist, ein Buch mit Halbwahrheiten zu bestücken, nur um eine Story über einen politischen Häftling zu erfinden. Bücher dieser Art haben den Lesern ein falsches Bild von der Haft und auch von der Stasi vorgespielt. Andere Autoren, die kompromisslos berichtet haben, wurden dagegen verfolgt – und zwar nicht in Filmmanier. Ihre Bücher wurden weniger beachtet – wegen des Wahrheitsgehaltes. *B. Th.*

Änderung des Eckregelsatzes bei der Berechnung der „Ehrenrente“

Zum 01.07. 2009 wurde der Eckregelsatz nach § 28 Abs. 2 in Verbindung mit § 40 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch auf 359,00 € angehoben. Dadurch erhöht sich die Bemessungsgrenze nach § 17a des StrRehaG bei Alleinstehenden auf 1.077,00 € und bei Verheirateten etc. auf 1.436,00 €.

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder vergleichbaren Sicherungssystemen werden nicht als Einkommen berücksichtigt. Wer keine oder nur einen Teilbetrag der „Ehrenrente“ erhält, sollte erneut einen Antrag stellen. Wer bald aus dem Berufsleben in die Rente geht, sollte ebenfalls frühzeitig den Antrag stellen, da der Termin der Antragstellung zählt. *Hugo Diederich*

Ausgleichsleistungen für Verfolgte in schwieriger wirtschaftlicher Situation nach dem BerRehaG

Verfolgte im Sinne des BerRehaG mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, erhalten monatliche Ausgleichsleistungen in Höhe von bis zu 184 €. Für Verfolgte, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen, betragen die Ausgleichsleistungen bis zu 123 € monatlich. Ausgleichsleistungen werden nach Vorlage der beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung – auch einer vorläufigen – von den örtlichen Trägern der Sozialhilfe ausgezahlt, wenn ihr Einkommen eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigt. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, zu dem Sie noch die tatsächlichen Kosten Ihrer Unterkunft (z. B. die Miete und die Heizkosten) hinzurechnen können. Als Grundbetrag für den Verfolgten (Haushaltsvorstand) selbst ist seit dem 1. Juli 2007 vom zweifachen Eckregelsatz nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches – SGB XII – auszugehen, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten 80 vom Hundert und für jedes minderjährige, zum Haushalt gehörende Kind 70 vom Hundert des Grundbetrages. Der Eckregelsatz kann von Bundesland zu Bundesland variieren. Zurzeit beträgt er einheitlich 359 Euro (Stand Juli 2009). Informieren Sie sich bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe über die in Ihrem Fall maßgebende Einkommensgrenze. Übersteigt Ihr Nettoeinkommen (Ihr Einkommen abzüglich der entrichteten Steuern, der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Beiträge zur Arbeitsförderung und der Werbungskosten usw.) die Einkommensgrenze nicht, erhalten Sie, soweit die übrigen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, die vollen Ausgleichsleistungen, also 184 € bzw. für Rentner 123 €, im Monat.

Verfolgte, die noch zu Zeiten der DDR beruflich wieder Fuß fassen konnten, deren Verfolgungszeit also vor

Ablauf des 2. Oktober 1990 endete, erhalten die Ausgleichsleistungen nur dann, wenn ihre Verfolgungszeit mehr als drei Jahre beträgt. Für Bezieher von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung ist zudem festgelegt, dass die Ausgleichsleistungen nur dann gewährt werden, wenn zwischen dem Beginn der Verfolgungszeit und dem Zeitpunkt, von dem an die Rente gezahlt wird, ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren liegt.

Wenn Ihr Einkommen etwas höher liegt als die für Sie errechnete Einkommensgrenze, verlieren Sie Ihren Anspruch nicht abrupt; die Ausgleichsleistungen vermindern sich allerdings um den Betrag, mit dem Ihr Nettoeinkommen die Einkommensgrenze übersteigt.

Wichtig: Der Antrag beim örtlichen Träger der Sozialhilfe kann nur bis zum 31. Dezember 2012 gestellt werden. Dort legen Sie auch Ihre Rehabilitierungsbescheinigung vor. *Hugo Diederich*

Entschädigung von Opfern in DDR-Kinderheimen

Karlsruhe. Kinder und Jugendliche, die zwangsweise in einstigen DDR-Kinderheimen leben mussten, haben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Rehabilitation und Entschädigungsleistungen. Wie das Bundesverfassungsgericht entschied, können auch bei einem rechtswidrigen Freiheitsentzug außerhalb eines Strafverfahrens Rehabilitationsleistungen möglich sein. Der Nachweis einer politischen Verfolgung sei hier nicht immer erforderlich. (AZ.:2BvR 718/08) *Hugo Diederich*

Kein akuter Regelungsbedarf

Bundesregierung beantwortet VOS-Brief

Der an Kanzlerin Frau Merkel übergebene Brief während des Besuchs der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde mit Datum vom 4. Juni wie folgt beantwortet:

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD hatten sich nach umfassenden Diskussionen auf das im September 2007 in Kraft getretene „Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ verständigt. In den Beratungen wurden die von Ihnen nun erneut aufgegriffenen Forderungen zum Teil berücksichtigt, so werden bspw. Empfänger von Renten und ähnlichen Leistungen nun privilegiert. Diese Einkünfte werden bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht angerechnet. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Gesetz das Schicksal derjenigen erheblich erleichtern, die unter dem SED-Regime besonders gelitten haben. Gleichzeitig ist es ein Zeichen der Anerkennung des Widerstandes der politischen Häftlinge gegen die SED-Diktatur. Einen darüber hinausgehenden Regelungsbedarf sieht die Bundesregierung derzeit nicht. Wir werden aber selbstverständlich auch in Zukunft beobachten, ob sich die mit dem bestehenden System verbundenen Erwartungen erfüllen. Die Anregungen und Hinweise der Verbände sind uns dabei eine wertvolle Hilfe. *Dr. Michael Wettengel*

Wir trauern um

Klaus Hoffmann
Else Seip
Joachim Sandau
Hans-Heinrich Knop
Rudolf Hessel
Gerhard Dunker
Günter Schaller

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Bezirksgruppe Mannheim
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Magdeburg
Bezirksgruppe Köln
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Hannover
Bezirksgruppe Plauen

Gute Inhalte und Vorhaben, aber am Rande ideologische Pöbeleien

Europäische Senioren Union tagte in Dresden

Am 9. Mai trafen sich die Delegierten der Europäischen Senioren Union in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Die Union vereint antikommunistisch denkende und handelnde Senioren miteinander, sie wirkt aber auch an der Aufarbeitung der Verbrechen der Nazi-Diktatur mit. Ihr gehören Vertreter mehrerer Länder Europas an, die sich den Kampf für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als einzig menschenwürdige Grundordnung zum Ziel genommen hat. Hierfür, so die Vertreter der Union, ist man niemals zu alt. Gleichmaßen ist man bestrebt, das politische Erbe unseres Kontinents zu überwinden und sich für eine gemeinsame humanistisch gestaltete Zukunft einzusetzen.

So war es nahe liegend, mit dem 85-jährigen Holocaust-Überlebenden Tadeusz Sobolewicz ein Opfer der Nazi-Diktatur und auch den Bürgermeister von Oswencim (Auschwitz) einzuladen. Ebenfalls folgten mit den Litauern Jonas Volungevicius und Irena Tumaviciute auch zwei Opfer des stalinistischen Terrors aus der Zeit der kommunistischen Diktatur der Einladung zur Konferenz. Volungevicius, der vier Jahre im sibirischen Gulag festgehalten wurde, hat wie viele seiner Schicksalsgefährten noch immer an den Folgen der schweren Jahre zu leiden. Irena Tumaviciute, die sich in Verbänden und auf dem Weg der Öffentlichkeitsarbeit aktiv an der Aufarbeitung der Diktatur der Sowjets beteiligt, wurde mit ihrer Familie bereits im Alter von einem Jahr nach Sibirien verschleppt und kam in ihre Heimat erst viele Jahre später zurück. Gemeinsam wurden Kränze für die Opfer der Diktaturen und für die zahlreichen Toten nach dem Bombenangriff auf Dresden niedergelegt.

Ebenfalls wurde erwähnt, dass in Litauen kommunistische Symbole genauso wie nationalsozialistische verboten sind und dass die internationalen Opfer des kommunistischen Genozid wohl ein dutzend Mal größer seien als jene des Nationalsozialismus. Allein aus der engsten Verwandtschaft von Irena Tumaviciute verschleppten die Kommunisten zwanzig Angehörige nach Sibirien. Drei saßen im Gulag, ein Großonkel wurde in einem Lager in Komi zum Tode verurteilt, weil er einer „faschistischen Schützenorganisation“ zu einer Parade zwei Pferde zur Verfügung gestellt hatte.

Nach der Entlassung aus Sibirien war Litauen die einzige Sowjetrepublik, in der Heimkehrer aus dem eigenen Land nicht erwünscht waren. Als der Vater von Irena Tumaviciute das erfuhr, wollte er Selbstmord begehen. Die Mutter konnte ihm im letzten Augenblick die Schlinge vom Hals reißen.

Erfreulicherweise finden zwischen den nationalen Verbänden regelmäßige Austausche statt, die auch nach Deutschland reichen. Als sehr peinlich muss man hingegen eine Begebenheit ansehen, die sich außerhalb der Konferenz abspielte, als sich die litauische Delegation auf dem Weg zum Bahnhof befand und an einem Propaganda-Stand linker Ideologen mit roter Fahne vorbeikam. Frau Tumaviciute sagte auf das Stalin-Opfer Jonas Volungevicius zeigend: „Dieser Mann hier hat vier Jahre im Gulag zugebracht!“ Die Antwort war geradezu niederschmetternd, sie offenbart jedoch das heute nicht nur unter linken Kräften vorherrschende Gedankengut: „Es wird schon einen Grund gegeben haben.“ Auf sich selbst zeigend, sagte Frau Tumaviciute: „Ich war ein Jahr alt, als ich in einem Viehwaggon nach Sibirien deportiert wurde.“ Die Antwort war nicht minder beleidigend: „Weil Ihre Eltern Bourgeois waren.“

Valerie Bosse

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (681/2) erscheint als Doppelausgabe im für Juli und August im August 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 680: 17. Juni 2009